

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government
am Dienstag, **08.10.2019**, 18:15 Uhr - 19:15 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Marcus Bielefeld, Sven Gotthal, Gilbert Hartmann, Bruno Kleine-Borgmann, Jan Leiß, Stefan Leschniok, Wolfram Pott

von der SPD-Fraktion:

Philipp Hagemann (bis TOP 8), Marius Herwig, Gabriele Kubig-Steltig, Thomas Marquardt

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Theodor Knetzger, Raimund Köhn, Otto Reiners (bis TOP 5), Prof. Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion:

Jörg Berens (bis TOP 8)

von der Fraktion DIE LINKE.:

Rüdiger Sagel

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Michael Krapp

Sachkundige Einwohner/innen:

Markus Schwienheer

von der Verwaltung:

Wolfgang Heuer, Udo Köster, Claudia Welp, Michael Willamowski

für die Schriftführung:

Sebastian Knost

Es fehlte/n:

Dietrich Aden, Dr. Cornelia Jäger, Fritz Pfau

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|---------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0661/2019</u>
V | 2. | Ausschreibung der Stelle des Generalintendanten/der Generalintendantin der Stadt Münster |
| <u>V/0669/2019</u>
VI | 3. | "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 3: "Maßnahmenprogramm 2019 - 2022" |
| <u>V/0696/2019</u>
IV | 4. | Grundsatzbeschluss und Errichtungsbeschluss für ein Schulgebäude auf der Konversionsfläche Oxford:
Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes durch Umbau des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturm und Neubau sowie Ertüchtigung der Einfachsporthalle |
| <u>V/0709/2019/1</u>
I | 5. | Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Münster |
| <u>V/0895/2019</u>
V | 6. | Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter |
| <u>V/0315/2019</u>
I | 7. | Fahrradnutzung bei Beschäftigten steigern - mit dem Dienstfahrrad zur Arbeit
Ratsantrag A-R/0055/2018 |
| | 8. | Einbringung des Stellenplanentwurfs 2020 |
| | 9. | Verschiedenes |

Frau Prof. Dr. Stein-Redent eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung fest und erkundigte sich nach Anträgen zur Tagesordnung.

Herr Leschniok beantragte, den TOP 3 "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 3: "Maßnahmenprogramm 2019 - 2022" von der Tagesordnung abzusetzen und in der Beratungskette zu schieben. Weitere Anträge wurden nicht gestellt, so dass sich folgende geänderte Tagesordnung ergab:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|---------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0661/2019</u>
V | 2. | Ausschreibung der Stelle des Generalintendanten/der Generalintendantin der Stadt Münster |
| <u>V/0696/2019</u>
IV | 3. | Grundsatzbeschluss und Errichtungsbeschluss für ein Schulgebäude auf der Konversionsfläche Oxford:
Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes durch Umbau des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturm und Neubau sowie Ertüchtigung der Einfachsporthalle |
| <u>V/0709/2019/1</u>
I | 4. | Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Münster |
| <u>V/0895/2019</u>
V | 5. | Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter |
| <u>V/0315/2019</u>
I | 6. | Fahrradnutzung bei Beschäftigten steigern - mit dem Dienstfahrrad zur Arbeit
Ratsantrag A-R/0055/2018 |
| | 7. | Einbringung des Stellenplanentwurfs 2020 |
| | 8. | Verschiedenes |

Die Vorsitzende ließ über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wurde einstimmig geändert beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Heuer informierte darüber, dass er die Imam Mahdi Moschee vereinbarungsgemäß (siehe Sitzung des APOSOE am 10.09.2019) bzgl. des im Internet kursierenden Videos angeschrieben hat und auf eine Rückmeldung wartet.

Er informierte außerdem, dass der derzeitige Personalratsvorsitzende Allgemeine Verwaltung, Herr Jochen Lücken zum 01. Dezember in den Ruhestand geht und bedankte sich in diesem Zusammenhang für die konstruktive und sehr gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Frau Prof. Dr. Stein-Redent schloss sich für den Ausschuss den Ausführungen von Herrn Heuer an.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0661/2019**

Ausschreibung der Stelle des Generalintendanten/der Generalintendantin der Stadt Münster

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlags** zu empfehlen:

1. Die Stelle des Generalintendanten/der Generalintendantin der Stadt Münster wird für die Zeit ab der Spielzeit 2022/2023 öffentlich ausgeschrieben.
2. Unter Federführung der Beigeordneten für Kultur wird zur fachlichen Begleitung der Auswahlentscheidung eine Findungskommission hinzugezogen.
3. Der Oberbürgermeister wird nach dem Ergebnis der Ausschreibung dem Rat einen Entscheidungsvorschlag vorlegen.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0696/2019**

Grundsatzbeschluss und Errichtungsbeschluss für ein Schulgebäude auf der Konversionsfläche Oxford:

Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes durch Umbau des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturm und Neubau sowie Ertüchtigung der Einfachsporthalle

Herr Hagemann brachte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag ein und begründete ihn:

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government möge beschließen:

Die Grundschule wird ohne Nutzung des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturm errichtet. Belange der Sportvereine werden bei Ertüchtigung der Sporthalle berücksichtigt.

Anschließend diskutierten die einzelnen Fraktionen kontrovers und stellten Fragen an die Verwaltung, die von Herrn Watermann beantwortet wurden.

Im Verlauf der Diskussion schlug Herr Sagel vor, die Vorlage in eine spätere Beratungskette zu schieben, um Unklarheiten zu klären. Die Vorsitzende ließ über den Antrag abstimmen, welcher mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der FDP gegen die Stimmen der SPD, Die Linke und Piraten/ÖDP abgelehnt wurde.

Anschließend ließ die Vorsitzende Frau Prof. Dr. Stein-Redent über den Änderungsantrag der SPD abstimmen.

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung durch Die Linke sowie Piraten/ÖDP abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss sodann mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP gegen die Stimmen der SPD unter Enthaltung von Die Linke und Piraten/ÖDP dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlags** zu empfehlen (wie Ausschuss für Schule und Weiterbildung):

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass eine Kombination aus einem Grundsatzbeschluss und einem Errichtungsbeschluss für ein Schulgebäude auf der Konversionsfläche Oxford erfolgt (vgl. Ratsbeschluss vom 12.12.2018 zum Antrag A-R/0074/2018: Größere Planungssicherheit und Kostentransparenz bei großen Hochbaumaßnahmen der Stadt Münster).
2. Der Rat fasst auf der Grundlage der abgeschlossenen Machbarkeitsstudie unter Zugrundelegung des mit der Vorlage V/0328/2017/1 beschlossenen Musterraumprogramms den Errichtungsbeschluss für ein 2-zügiges Grundschulgebäude einschl. Flächen für den Offenen Ganzttag durch Umbau des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturmgebäude und ergänzendem

Neubau sowie für eine Ertüchtigung der vorhandenen Einfachsporthalle mit einem Kostenrahmen in Höhe von ca. 10.130.000 € (Lageplan: Anlage 1, Raumprogramm: Anlage 2). Zusatz: **Dieser errechnete Kostenrahmen ist als qualifizierte Kostenermittlung bezogen auf qm BGF darzustellen. Hierbei sind die Kosten des Neu- und des Umbaus mit einzubeziehen.**

3. Die Grundschule wird von der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH im Rahmen des Entwicklungsträgervertrages errichtet und von der Stadt Münster begleitet, einschließlich der Durchführung eines Vergabeverfahrens gemäß Vergabeverordnung (VgV-Verfahren) mit vorgeschaltetem Architektenwettbewerb sowie der anschließenden Herbeiführung des Baubeschlusses.

Zusatz: **Analog zu den Bauvorhaben der Stadt sind alle Fachausschüsse des Rates mit einzubeziehen.**

4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

4.1 im Bestandsgebäude 31/Uhrenturmgebäude gem. Machbarkeitsstudie ausschließlich die Verwaltungsräume der Schule sowie die Räumlichkeiten für die Mittagsverpflegung (Küche/Speiseraum) untergebracht werden können und für die pädagogischen Cluster einschl. Forum ein Neubau erforderlich ist und

4.2 nach Abzug der für schulische Bedarfe erforderlichen Flächen im Bestandsgebäude 31/Uhrenturmgebäude noch freie Flächen im Umfang von ca. 1.050 qm verbleiben.

Zusatz: **Diese sind Belangen der Bürgerschaft (z.B. für Vereinsnutzung oder für soziale Projekte) zur Verfügung zu stellen.**

5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die unter Ziffer 4.2 genannten freien Flächen im Bestandsgebäude 31/Uhrenturmgebäude ein Nutzungskonzept einschließlich Kostenschätzung zu entwickeln, **im Rahmen eines Dialoges mit der Bürgerschaft zu präsentieren** und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel ist es, die Maßnahmen zeitgleich mit den Baumaßnahmen für die Schule umzusetzen und spätestens im Sommer 2024 fertig zu stellen.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der weiteren Bevölkerungsentwicklung prüfen wird, ob dort bereits zum Schuljahr 2024/25 eine eigenständige Grundschule errichtet werden kann oder aber zunächst ein vorläufiger Teilstandort einer Grundschule einzurichten ist. Die Verwaltung wird dem Rat rechtzeitig vor Inbetriebnahme des neuen Schulgebäudes bzw. dem Anmeldeverfahren voraussichtlich zum Schuljahr 2024/25 einen Beschlussvorschlag auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses unterbreiten.
7. Die für den geordneten Schulbetrieb erforderlichen Personalressourcen für das Sekretariat und die Hausmeistertätigkeit werden im Rahmen des Stellenplans 2024 bereitgestellt. Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Offenen Ganztags sowie der Schulsozialarbeit werden ebenfalls ab 2024 bereitgestellt.
8. **8.1 Die Verwaltung prüft, ob die Nutzung des Speisesaals nach Unterrichtsende z.B. durch Vereine möglich ist.**
8.2 Die Verwaltung prüft, ob die im Schulverwaltungstrakt geplanten Toiletten für alle Beteiligten (auch Vereine usw.) ausreichen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf Grundlage des in der Machbarkeitsstudie kalkulierten Kostenrahmens für den Neubau einer 2-zügigen Grundschule durch Umbau des Bestandsgebäudes 31/Uhrenturmgebäude und ergänzendem Neubau sowie die Ertüchtigung der vorhandenen Einfachsporthalle voraussichtlich Kosten in Höhe von ca. 10.130.000 € entstehen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der im Rahmen der Machbarkeitsstudie ermittelte Kostenrahmen nach DIN 276 deutlich von den tatsächlich entstehenden Kosten abweichen kann und der Architektenwettbewerb alternative und damit von den Planungen der Machbarkeitsstudie abweichende Konzepte zur Umsetzung der Raumbedarfe hervorbringen kann. Der auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie ermittelte Kostenrahmen ist auch bei den alternativen Konzepten möglichst einzuhalten. Eine entsprechende Vorgabe wird im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Die o.g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4770	Neubau Grundsch. Konversionsgebiet Oxford			
Auszahlungen		Auszahlungen für Baumaßnahmen	bisher bereitgestellt	200.000	
			2020	600.000	
			VE	500.000	
			2021	740.000	
			2022	3.460.000	
			2023	3.420.000	
			sp. Jahre	1.300.000	
				9.720.000	
		Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2023	410.000	
Summe aller Auszahlungen				10.130.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2020 bei der o.g. Produktgruppe veranschlagt.

Die Beschlussfassung steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat die Ermächtigungen im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bereitstellt.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0709/2019/1**

**Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für
den Rettungsdienst der Stadt Münster**

Zu Beginn weist Herr Heuer auf ein Antwortschreiben der Verwaltung an die Fraktionen hin. Diese geben jeweils kurze Statements zur überarbeiteten Vorlage ab. Herr Berens erkundigt sich, ob eine eventuelle Kostenreduzierung durch den Bau der neuen Feuerwache 3 erreicht werden kann; Herr Leschniok fragte nach grundsätzlichen Möglichkeiten der Kostenreduzierung im Rettungsdienst. Herr Heuer sichert zu, dass die Verwaltung in geeigneter Form auf die Fragestellungen eingehen wird.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig bei Enthaltung von Die Linke, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlags** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die als Anlage dieser Ergänzungsvorlage beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Münster wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Gebührenanpassung ergeben sich folgende Mehrerträge im Teilergebnisplan:

	Nr.	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag	Bemerkungen
Produktgruppe	0210	Rettungsdienst			
Zeile	04	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2019	481.236 €	Reduzierung der Mehrerträge um 240.620 €*.
	04	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2020	2.887.424 €	Keine Veränderung zu den im Haushaltsansatz berücksichtigten Mehrerträgen

* Die ursprünglich kalkulierten Mehrerträge in 2019 in Höhe von 721.856 € verringern sich auf Grund des späteren Inkrafttretens (01. November statt 01. Oktober 2019) um 240.620 €. Diese Reduzierung kann durch Gebührenanpassungen, analog dem jetzigen Verfahren, in späteren Jahren ausgeglichen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0895/2019

Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachten folgenden Änderungsantrag ein, welcher von Herrn Köhn erläutert wurde:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat begrüßt die Teilnahme der Stadt Münster an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt’s“, mit der in einem lokalen Bündnis durch gutes und dauerhaftes Zusammenwirken die Teilhabe junger geflüchteter Erwachsener an Bildung, Ausbildung und Arbeit gesichert werden soll. Brüche in Bildungsbiografien sollen hierdurch vermieden und umfassende Integration gefördert werden.
2. Der Rat begrüßt, dass das Land NRW diese lokale Bündnisarbeit mit einem Förderprogramm unterstützt. Er stimmt der Antragstellung der Verwaltung auf Finanzierung von 2,00 befristeten Projektstellen im Rahmen des Förderprogramms „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ zur Umsetzung eines Teilhabemanagements für junge Geflüchtete zu.
3. Die Anliegen der Anträge zum Etat 2019 „Integration von Geflüchteten steigern“ und „Münster integriert in Ausbildung - ganzheitlicher Integrationsförderplan für alle zugewanderten Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ...“, die u. a. Mittel in Höhe von 180.000 € für sechs zusätzliche 0,5 Stellen vorsehen (pro Stadtbezirk eine halbe Stelle, die im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens bei freien Trägern angedockt werden), werden in die Ausgestaltung des Förderbausteins Teilhabemanagement einbezogen.

4. Bei Bewilligung des Projektes werden 2,00 Projektstellen befristet bis einschließlich Juni 2022 eingerichtet, die zu 80 % aus Landesmitteln finanziert werden. Die endgültigen Stellenwerte sind noch festzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Schritte zur Einrichtung des Teilhabemanagements schnellstmöglich umzusetzen.
6. **Die Verwaltung wird beauftragt mit den Trägern abzustimmen, wie ein bestmöglicher Ressourceneinsatz für die Umsetzung des Projekts „Gemeinsam klappt's“ erfolgen kann. Federführend soll das Kommunale Integrationszentrum das Projekt koordinieren. Hierfür ist eine 0,5 Stelle einzuplanen. Die verbleibenden Stellenanteile sollen bei freien Trägern angesiedelt werden. Hierfür ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Nach Abschluss des Verfahrens, soll nach fachlicher Abwägung dem Sozialausschuss ein Beschlussvorschlag unterbreitet werden.**

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2019	19.400	80 % der Personalaufwendungen (Eigenanteil: 77.570 €)
		(jährlich)	2020/21	116.370	
			2022	58.190	
Erträge gesamt			2019	19.400	
			2020/21	116.370	
			2022	58.190	
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2019	24.250	
		(jährlich)	2020/21	145.460	
			2022	72.730	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2019	30.000	sechs 0,5 Stellen bei freien Trägern (pro Stadtbezirk 0,5)
		(jährlich)	2020/21	180.000	
			2022	90.000	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019	3.720	Arbeitsplatzkosten, projektbezogene Sachausgaben
		(jährlich)	2020/21	22.300	
			2022	11.150	
Aufwand gesamt			2019	57.970	
		(jährlich)	2020/21	347.760	
			2022	173.880	

Die zur Finanzierung der Transferaufwendungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2019 bzw. der mittelfristigen Ergebnisplanung in der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“ veranschlagt.

Die in 2019 anfallenden Personalaufwendungen werden im Wege der flexiblen Haushaltsführung aufgefangen. Die zur Finanzierung der Personalaufwendungen in den Jahren 2020 bis 2022 erforderlichen Ermächtigungen werden von der Verwaltung durch ein Veränderungsblatt in die Etatberatungen für den Haushalt 2020 eingebracht. Die Kompensation der zusätzlichen Haushaltsbelastungen erfolgt durch die Landeszuwendungen aus dem Förderprogramm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und aus dem Sachaufwandsbudget der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“.

Eine Nachfrage von Herrn Heuer zur Befristung der 0,5 Stelle wurde von Herrn Köhn positiv beantwortet.

Die Vorsitzende ließ anschließend über den Antrag abstimmen. Der Änderungsantrag wurde einstimmig bei Enthaltung von SPD und Die Linke angenommen.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss sodann einstimmig dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlags** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat begrüßt die Teilnahme der Stadt Münster an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“, mit der in einem lokalen Bündnis durch gutes und dauerhaftes Zusammenwirken die Teilhabe junger geflüchteter Erwachsener an Bildung, Ausbildung und Arbeit gesichert werden soll. Brüche in Bildungsbiografien sollen hierdurch vermieden und umfassende Integration gefördert werden.
2. Der Rat begrüßt, dass das Land NRW diese lokale Bündnisarbeit mit einem Förderprogramm unterstützt. Er stimmt der Antragstellung der Verwaltung auf Finanzierung von 2,00 befristeten Projektstellen im Rahmen des Förderprogramms „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ zur Umsetzung eines Teilhabemanagements für junge Geflüchtete zu.
3. Die Anliegen der Anträge zum Etat 2019 „Integration von Geflüchteten steigern“ und „Münster integriert in Ausbildung - ganzheitlicher Integrationsförderplan für alle zugewanderten Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ...“, die u. a. Mittel in Höhe von 180.000 € für sechs zusätzliche 0,5 Stellen vorsehen (pro Stadtbezirk eine halbe Stelle, die im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens bei freien Trägern angedockt werden), werden in die Ausgestaltung des Förderbausteins Teilhabemanagement einbezogen.
4. Bei Bewilligung des Projektes werden 2,00 Projektstellen befristet bis einschließlich Juni 2022 eingerichtet, die zu 80 % aus Landesmitteln finanziert werden. Die endgültigen Stellenwerte sind noch festzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Schritte zur Einrichtung des Teilhabemanagements schnellstmöglich umzusetzen.
6. **Die Verwaltung wird beauftragt mit den Trägern abzustimmen, wie ein bestmöglicher Ressourceneinsatz für die Umsetzung des Projekts „Gemeinsam klappt's“ erfolgen kann. Federführend soll das Kommunale Integrationszentrum das Projekt koordinieren. Hierfür ist eine 0,5 Stelle einzuplanen. Die verbleibenden Stellenanteile sollen bei freien Trägern angesiedelt werden. Hierfür ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Nach Abschluss des Verfahrens, soll nach fachlicher Abwägung dem Sozialausschuss ein Beschlussvorschlag unterbreitet werden.**

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2019	19.400	80 % der Personalaufwendungen (Eigenanteil: 77.570 €)
		(jährlich)	2020/21	116.370	
			2022	58.190	
Erträge gesamt			2019	19.400	
			2020/21	116.370	
			2022	58.190	
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2019	24.250	
		(jährlich)	2020/21	145.460	
			2022	72.730	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2019	30.000	sechs 0,5 Stellen bei freien Trägern (pro Stadtbezirk 0,5)
		(jährlich)	2020/21	180.000	
			2022	90.000	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019	3.720	Arbeitsplatzkosten, projektbezogene Sachausgaben
		(jährlich)	2020/21	22.300	
			2022	11.150	
Aufwand gesamt			2019	57.970	
		(jährlich)	2020/21	347.760	
			2022	173.880	

Die zur Finanzierung der Transferaufwendungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2019 bzw. der mittelfristigen Ergebnisplanung in der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“ veranschlagt.

Die in 2019 anfallenden Personalaufwendungen werden im Wege der flexiblen Haushaltsführung aufgefangen. Die zur Finanzierung der Personalaufwendungen in den Jahren 2020 bis 2022 erforderlichen Ermächtigungen werden von der Verwaltung durch ein Veränderungsblatt in die Etatberatungen für den Haushalt 2020 eingebracht. Die Kompensation der zusätzlichen Haushaltsbelastungen erfolgt durch die Landeszuwendungen aus dem Förderprogramm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und aus dem Sachaufwandsbudget der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0315/2019**

**Fahrradnutzung bei Beschäftigten steigern - mit dem Dienstfahrrad zur Arbeit
Ratsantrag A-R/0055/2018**

Frau Kubig-Steltig stellte eine Frage zum sogenannten Job-Rad-Modell, die von Herrn Willamowski beantwortet wurde.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlags** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung

1. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt den nachfolgenden Bericht zu den bisherigen Maßnahmen zur Steigerung der Fahrradnutzung durch die Beschäftigten der Stadt Münster sowie zu weiteren Möglichkeiten zur Nutzung eines Fahrrades für die Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt zur Kenntnis, dass ein Fahrrad-Leasingmodell für die Stadt Münster aus tarif- und besoldungsrechtlichen Gründen derzeit nicht möglich ist.
3. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beauftragt die Verwaltung, den Bedarf der Beschäftigten nach weiteren Maßnahmen zur Förderung der Fahrradnutzung im Rahmen einer verwaltungsweiten Mitarbeiterbefragung zu erheben. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Rückmeldungen und der bereits in diesem Bericht benannten Kostenschätzungen möglicher Maßnahmen wird die Verwaltung dem Rat im Sommer 2020 Vorschläge zum Beschluss vorlegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch den vorgenannten Verfahrensvorschlag entstehen keine zusätzlichen Aufwendungen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Einbringung des Stellenplanentwurfs 2020

Herr Willamowski präsentierte die Eckpunkte des Stellenplanentwurfes 2020 und ging insbesondere auf das Verfahren, sowie die Auswahlkriterien der Stellen ein. Zwischenfragen aus den Fraktionen wurden beantwortet. Herr Willamowski bat darum, dass Änderungsanträge möglichst bis zum 18.11.2019 an die Verwaltung gesandt werden.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez.
Prof. Dr. Rita Stein-Redent
Vorsitz

gez.
Sebastian Knost
Schriftführung